

Berlin, 11. April 2019

Bundesverband Erneuerbarer Energie WPSEU 059/2019

1. Steht Ihre Partei für eine Umsetzung der Klimaschutzziele von Paris?

Antwort:

Die SPD steht für eine Umsetzung der Klimaschutzziele von Paris. Das Pariser Abkommen fordert von allen Vertragsparteien, ihre nationalen Beiträge zu überprüfen und nach oben zu korrigieren. Wir haben uns frühzeitig für eine Anhebung des EU-Klimaziels für 2030 ausgesprochen. Dabei wollen wir den Wandel hin zu einer klimafreundlichen Politik sozialverträglich gestalten und Umbrüche in besonders betroffenen Regionen und Sektoren begleiten.

Außerdem wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und deutschen Industrie wahren, und gezielt klimaschonende Technologien fördern. Wir fordern zudem, dass die Anpassungen des Emissionshandels auch in Zukunft an den Zielen des Pariser Abkommens ausgerichtet werden und die fünfjährigen Bestandsaufnahmen der UN-Klimarahmenkonvention berücksichtigen.

2. Befürwortet Ihre Partei die Anpassung Europäischer Klimaschutz- und Energieziele, um das Klimaschutzabkommen von Paris umzusetzen? Werden Sie sich für eine Erhöhung der EU-Ziele für 2030 im Jahre 2023 einsetzen?

Antwort:

Die SPD unterstützt eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45% Treibhausgasminderung bis 2030 (im Vergleich zu 1990), sowie das langfristige Ziele einer Klimaneutralität bis 2050.

- 3. Halten Sie die Internalisierung der Kosten infolge von umwelt- und gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Emissionen in Form einer CO2 Bepreisung für notwendig oder angemessen?**

Antwort:

Wir wollen ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren. Dazu gehört, das Funktionieren des europäischen Emissionshandels weiterhin sicherzustellen, aber auch die Einführung eines CO2-Preises für die Sektoren, die nicht in den Emissionshandel einbezogen sind.

- 4. Soll der Europäische Emissionshandel, Ihrer Meinung nach, an das Pariser Klimaschutzabkommen angepasst werden? Wenn ja, in welchem Zeit- und Mengenrahmen unterstützen Sie zusätzliche Reduktionen der ETS- Zertifikate?**

Antwort:

Die Entwicklung des ETS-Preises hat gezeigt, dass die Reform des Emissionshandels den richtigen Rahmen zur langfristigen Senkung der CO2-Emissionen gesetzt hat. Mit der Marktstabilitätsreserve besitzt das ETS bereits ein Instrument für eine automatische Anpassung der Menge an Zertifikaten. Die Marktstabilitätsreserve reduziert oder steigert die jährlichen Auktionsmengen, wenn zu viele oder zu wenige Zertifikate im Markt gibt. Durch die automatische Anpassung der Menge an Zertifikaten stärkt die Marktstabilitätsreserve die Investitions- und Planungssicherheit der betroffenen Industrien.

- 5. Wie bewertet Ihre Partei den aktuellen Rechtsrahmen für den Einsatz sektorenkoppelter Technologien und Speicher? Wo sehen Sie diesbezüglich Handlungsbedarf und -spielraum auf Europäischer Ebene?**

Antwort:

Die Europa-SPD ist der Ansicht, dass die Energiewende nur gelingen kann, wenn wir einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und die Energiesektoren stärker miteinander verbinden. Die Sektorkopplung spielt eine zentrale Rolle in diesem Zusammenhang. Durch sie können synthetische Brenn- und Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien in vielen Sektoren, wie zum Beispiel Verkehr, Wärme und Industrie eingesetzt werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass der politische und regulatorische Rahmen sektorenkoppelter Technologien zukunftsgerichtet weiterentwickelt werden, damit Investitionssicherheit gewährleistet und Marktbarrieren abgebaut werden können.

6. **Europäische Unternehmen sind nach wie vor Technologieführer im Bereich des Anlagenbaus bei Wind- und Bioenergie, bei den verschiedenen P2X-Systemen, bei den technischen Lösungen zum Management fluktuierender Einspeisungen oder bei der Netzführung. Sie stehen jedoch häufig staatlich flankierten Wettbewerbern oder zugangsbeschränkten Märkten gegenüber. Wie schätzen Sie die Risiken für die Europäischen Unternehmen ein und in welcher Form würde Ihre Partei eine europäische Industriestrategie für die moderne, erneuerbare Energiewirtschaft unterstützen?**

Antwort:

Wir können gemeinsam beweisen, dass die Gewährleistung der Energiesicherheit für einen industriellen Hightech-Standort und der Verzicht auf klimaschädliche Gase gleichzeitig möglich sind. Wir eröffnen der europäischen Wirtschaft damit Chancen, eine Innovationskraft zu entwickeln, die sie auch auf Jahrzehnte hinaus auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig halten wird und ihr erlaubt, eine Technologieführerschaft in der Energiewelt von morgen zu übernehmen.

Ein starkes Europa ist für uns Garant dafür, die europäische und auch die deutsche Industrie gegen unfaire Handelspraktiken zu schützen. Die SPD wird sich auch in der neuen Legislaturperiode für eine Industriestrategie einsetzen, die europäische Unternehmen gegen den unlauteren Wettbewerb auf internationaler Ebene unterstützt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten streben eine Reform der öffentlichen Vergabekriterien sowie des Wettbewerbsrechts an, die den aktuellen Entwicklungen auf dem europäischen und internationalen Markt Rechnung trägt.

7. **Setzt sich Ihre Partei auf europäischer Ebene für Bürgerenergie und Bürgerenergiegesellschaften ein?**

Antwort:

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen Bürgerenergie und Bürgerenergiegesellschaften als einen wichtigen Motor für die dezentrale Energieversorgung. In der zu Ende gehenden Legislaturperiode haben wir uns im Rahmen der Reform des Strommarktes (Richtlinie mit gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt) erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Konzept "Bürgerenergie" das erste Mal in der europäischen Gesetzgebung verankert wurde. Wir haben erreicht, dass Bürgerenergie und Bürgerenergiegesellschaften in Zukunft bevorzugt behandelt werden und keinen unverhältnismäßigen, unfairen und intransparenten Regeln und Kosten ausgesetzt sind. Darüber hinaus genießen Bürgerenergie und Bürgerenergiegesellschaften europaweit einen Einspeisevorrang in die Netze.

8. Wie wollen Sie das wirtschaftliche Potenzial Erneuerbarer Energien in der EU und den Mitgliedsstaaten ausschöpfen?

Antwort:

Die Europa-SPD steht zu ihrer Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen und setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik und eine europaweite Energiewende ein. Wir wollen weiterhin ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren. In diesem Zusammenhang ist die Gewährleistung eines funktionierenden europäischen Emissionshandels sowie die Einführung eines CO₂-Preises für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind, von besonderer Bedeutung. Um das Potential Erneuerbarer Energien in der EU und in den Mitgliedstaaten weiterhin auszuschöpfen, müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden beim Gebäudebestand, der Sektorkopplung, Speichertechnologien oder zum Beispiel bei der Nutzung industrieller Abwärme.

9. Sehen Sie es als notwendig an, den Verkehr klimafreundlicher zu gestalten? Wenn ja, welche Maßnahmen halten Sie für sinnvoll, um den Verkehr zu dekarbonisieren?

Antwort:

Der Transportsektor ist der einzige Bereich in dem in den vergangenen Jahren der Treibhausgasausstoß zugenommen hat. Deshalb steht der Verkehrsbereich im Kampf gegen den Klimawandel besonders im Fokus.

Wir wollen verstärkt alle Möglichkeiten alternativer Kraftstoffe für den Einsatz in Antriebstechnologien und bei Mobilitätsdienstleistungen nutzen, damit Europa weiter mit an der Spitze des weltweiten technischen Fortschritts und der Innovationen bleibt. Die Wasserstofftechnologie inklusive einer entsprechenden Infrastruktur soll als europäisches Projekt in einer grundsätzlich ergebnisoffenen Forschung und Entwicklung weiterentwickelt werden.

Wir wollen, dass die europäisch vereinbarten Grenzwerte für Verbrennungsantriebe bei PKWs und LKWs zu Innovation in der Antriebstechnologie führen. Europa hat nicht umsonst eindeutige Grenzwerte für Emissionen vereinbart. Das ist eine Grundlage, um neue marktfähige Angebote zu entwickeln. Diese können weltweit vermarktet werden.

Wir wollen alternative emissionsarme Antriebe und nachhaltige Infrastruktur bei Flugzeugen und Schiffen fördern. Auch hier benötigen wir einen Transformationsprozess hin zu Elektroantrieben, zu Wasserstoff- und Brennzellentechnologie und zur Nutzung von synthetischen Treibstoffen. Gefragt sind zudem leichtere Materialien beim Flugzeugbau und die Optimierung von Flugrouten. Die Elektrifizierung der Infrastruktur von Flug- und Seehäfen ist ein weiteres wichtiges Element zur Reduktion der Umweltbelastungen.

Neben der Luftbelastung wollen wir auch die Lärmbelastung durch alternative Technologien minimieren. Kreuzfahrtschiffe sind zu verpflichten, den Strom im Hafen vom Land zu beziehen und Filter einzubauen. Alle Dekarbonisierungsmöglichkeiten sind zu nutzen. Diese aktive und strategische Industriepolitik sichert Europa auch auf diesem Technologiefeld die Chance, im weltweiten Wettbewerb vorn dabei zu sein.

Die SPD will zudem die Transformation der Leitbranche Automobil begleiten und gestalten. Wir wollen ein neues zukunftsfähiges Leitbild für die Automobilindustrie

entwickeln. Die Herausforderungen liegen zum einen in der Entwicklung von digitalisiertem sowie von autonomem Fahren. Zum anderen verlangt der Klimawandel einen Beitrag des Verkehrssektors zur CO₂-Reduktion. Dadurch muss sich auch das Profil der Autobauer wandeln: von reinen Autoproduzenten zu Anbietern von zukunftsweisenden Mobilitätskonzepten. Dazu gehört die Umstellung auf alternative Antriebe, wie Elektromobilität und Wasserstofftechnologie. Wir wollen diesen Transformationsprozess der Leitbranche Automobil zu einem Erfolg für Europa und die in der Branche Beschäftigten machen, indem wir für die Beschäftigten die Qualifizierung fördern. Die Branche unterstützen wir bei neuen Geschäftsmodellen, marktfähigen Produktionsketten und Angeboten. Dabei müssen auch strukturpolitische Unterstützung für betroffene Regionen sowie personal- und arbeitsmarktpolitische Instrumente zur Bewältigung des Umbruchs die Transformation begleiten und vorausschauende Qualifizierungen müssen sie flankieren. Europa darf nicht ins Hintertreffen geraten und muss seine Technologiefähigkeit weiter unter Beweis stellen. Die Überlegungen zur Zukunft der Mobilität müssen eingebettet sein in die Entwicklung einer ebenen-, disziplin- und ressortübergreifenden strategischen Industrie- und Strukturpolitik, die Aspekte der Energiewende, der Innovationsförderung und der regionalen Entwicklung gleichermaßen in den Blick nimmt.

10. Unterstützen Sie die vermehrte Nutzung nachhaltiger Biokraftstoffe?

Antwort:

Die SPD unterstützt die Nutzung von Biokraftstoffen, insofern diese notwendig sind, um die EU-Reduktionsziele für Emissionen insgesamt wie auch speziell im Transportsektor einhalten zu können. Dies gilt insbesondere für die Übergangszeit vom Verbrennungsmotor zu nachhaltigeren Alternativen, wie z.B. durch erneuerbare Energien gespeiste Elektromotoren oder Wasserstoffantriebe. Dabei muss jedoch strikt darauf geachtet werden, dass der Anbau von Pflanzen für Biokraftstoffe innerhalb wie außerhalb Europas nachhaltig geschieht und nicht zur indirekten Landnutzungsverlagerung oder höheren Nahrungsmittelpreisen führt. Vorzugsweise sollten Biokraftstoffe aus Abfallprodukten gewonnen werden.

11. Welchen Handlungs- und Investitionsbedarf sehen Sie hinsichtlich der infrastrukturellen Herausforderungen der Elektro- und Wasserstoffmobilität?

Antwort:

Wir wollen, dass eine flächendeckende Infrastruktur den Umstieg auf alternative Antriebe erheblich erleichtern wird. Für eine flächendeckende Infrastruktur in der ganzen EU (Vorschläge der EU-Kommission zur Richtlinie für alternative Kraftstoffinfrastruktur) werden rund 20 Milliarden Euro benötigt.

Um die Risikoaversion gegen die hohen Investitionskosten abzumildern, wollen wir eine Lastenverteilung. Konkret bedeutet das, dass sich Industrien aus dem Automobil-, Energie-, Mineralölsektor und gegebenenfalls weiteren Branchen an einem solchen Fonds beteiligen. Der European Clean Mobility Fund muss jedoch nicht vollumfänglich von Seiten der Wirtschaft übernommen werden. Es gäbe beispielsweise Möglichkeiten, über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSl) zu agieren. Außerdem könnte die

öffentliche Hand einen signifikanten Anteil (ca. 10% bis 15%) übernehmen. Denkbar wären in diesem Zusammenhang auch direkte Zahlungen aus dem EU-Haushalt, z.B. aus der Connecting Europe Facility (CEF). Weiterhin könnten etwaige Strafzahlungen, die sich aus der Nichteinhaltung zukünftiger CO₂-Grenzwerte ergeben, ebenfalls zweckgebunden in den ECMF einfließen.

12. Wie wollen Sie erreichen, dass Wind, Sonne, Biomasse, Wasser, Geothermie in Europa künftig in allen Sektoren – Strom, Wärme, Verkehr, Industrie – eine größere Rolle spielen?

Antwort:

Für die Europa-SPD bietet die Sektorkopplung eine enorme Chance, um die Sektoren Strom, Wärme, Verkehr und Industrie in Zukunft stärker miteinander zu verbinden (siehe Antwort auf Frage 5).

13. Sind Sie dafür, dass bei den Beihilfeleitlinien die Klimaschutzziele der Europäischen Union eine größere Rolle spielen sollten?

Antwort:

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der Ansicht, dass die Beihilfeleitlinien dringend überarbeitet werden müssen, um den aktuellen Entwicklungen im Bereich Klimaschutz, aber auch in der internationalen Handelspolitik angemessen Rechnung zu tragen.